



## RESOLUTION DES PARTEIRATS DER SP SCHWEIZ ZUM CREDIT-SUISSE-DEBAKEL

Erneut – zum zweiten Mal innert 15 Jahren – musste die Schweizerische Eidgenossenschaft eine Grossbank retten. Die Dimensionen sind nochmals um ein Vielfaches grösser: Mit sagenhaften 259 Milliarden von Nationalbank und Bund musste die Credit Suisse (CS) am letzten Wochenende gestützt werden. Die Übernahme der CS durch die UBS schafft eine neue Monsterbank mit entsprechenden Risiken und erhöht damit die Gefahr weiterer Krisen. Dies ist eine Gefahr sowohl für unsere Volkswirtschaft als auch für die Demokratie.

**Der Parteirat der SP Schweiz vom 24. März 2023 in Olten fordert die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung sowie das Präsidium der SP Schweiz auf, sich für folgende Ziele einzusetzen, mit Verweis auf das Positionspapier der Partei zur «Zukunft der Finanzmärkte» von 2009<sup>1</sup>:**

- Die dem Parlament beantragten Nachtragskredite sind nur unter Bedingungen zu genehmigen. Im Minimum müssen die fehlbaren Manager die einkassierten überrissenen Boni zurückerstatten. Ausserdem fordert die SP Schweiz Garantien für die Mitarbeitenden.
- Die SP Schweiz setzt sich für den Stellenerhalt und einen guten Sozialplan für die Angestellten der CS wie auch der UBS ein. Die Krise darf nicht auf dem Buckel der Angestellten ausgetragen werden. Die SP Schweiz unterstützt die Forderungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds und des Schweizerischen Bankpersonalverbands.
- Die Fusion zwischen UBS und CS zu einer demokratiefeindlichen Monsterbank ist zu verhindern. Mindestens das Inlandgeschäft der Credit Suisse ist so schnell wie möglich wieder aus der neuen Bank auszugliedern.
- Selbst wenn die neue Monsterbank nur vorübergehend bestehen sollte, muss sie von der öffentlichen Hand kontrolliert werden. Nur so können die Risiken für Demokratie und Bevölkerung soweit möglich reduziert werden.
- Die SP Schweiz verlangt umgehend die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Die Verantwortlichkeiten und Abläufe auf allen Ebenen müssen im Detail analysiert werden, die Lücken der bestehenden Gesetzgebung sind auszuleuchten. Dabei ist auch die Frage abzuklären, ob eine Verstaatlichung der Credit Suisse nicht die bessere Alternative zur vorliegenden Lösung wäre, und ob sich eine solche allenfalls noch erreichen liesse.

---

<sup>1</sup> <https://www.sp-ps.ch/artikel/zukunft-der-finanzmaerkte/>

- Es sind Massnahmen zu ergreifen, um den schweizerischen Bankenplatz grundlegend neu zu organisieren. Es braucht eine Grössenbeschränkung für Banken. Weiter sind Regulatorien zu prüfen, die die Spekulation sowie volkswirtschaftlich unnütze Aktivitäten der Banken soweit möglich einschränken. Falls nötig, prüft die SP Schweiz dazu auch das Mittel der Volksinitiative.
- Die SP Schweiz fordert weiter, dass Banken, deren volkswirtschaftliche Bedeutung so gross ist, dass für sie die Too-big-to-Fail-Regulierung Anwendung findet, keine Vergütungssysteme mehr anwenden dürfen, die das Eingehen überhöhter Risiken fördern.
- Die SP Schweiz setzt sich dafür ein, dass nach all den Milliarden Steuergeschenken an Konzerne und nun für die Rettung der CS nun endlich die Menschen und die Umwelt an der Reihe sind. Zuerst muss die Kaufkraft der breiten Bevölkerung gestärkt werden. Dazu braucht es dringend Entlastungsmassnahmen gegen die explodierenden Krankenkassenprämien, politische Massnahmen gegen immer höhere Mieten und den Einsatz für gute Renten und faire Löhne. Und auch die Grossbanken müssen ihren Beitrag zum Kampf gegen die Klimakrise leisten. Ihre Geschäftstätigkeit muss mit den internationalen Zielen und Vereinbarungen in den Bereichen Klima (Pariser Abkommen), Nachhaltige Entwicklung (SDG) und Biodiversität konform sein.

Eingereicht von der SP Kanton Zürich am 23. März 2023